

Gemeinsame Erklärung zu den Plänen der Bundesregierung zur höheren Besteuerung von Agrardiesel und von landwirtschaftlichen Fahrzeugen

Wir, die Unterzeichnenden dieser Erklärung, der Ministerpräsident und die Agrarministerin Niedersachsens, sowie die Verbände der niedersächsischen Landwirtschaft LANDVOLK, ARBEITSGEMEINSCHAFT BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT, LAND SCHAFFT VERBINDUNG, BUND DER DEUTSCHEN MILCHVIEHHALTER und LANDESVEREINIGUNG ÖKOLOGISCHER LANDBAU fordern die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen dringend auf, die Pläne zur Erhöhung der Mineralölsteuer für Agrardiesel und zur erstmaligen Erhebung von KFZ-Steuern für landwirtschaftliche Fahrzeuge zu stoppen.

Insbesondere folgende Gründe sind für unsere Forderung ausschlaggebend:

- Landwirtinnen und Landwirte werden durch die Pläne als kleine Berufsgruppe überdurchschnittlich durch das Sparpaket der Bundesregierung belastet werden.
- Landwirtschaftliche Betriebe können höhere Kosten kaum an den Lebensmitteleinzelhandel oder die Ernährungswirtschaft weitergeben, da Preise für die meisten landwirtschaftlichen Güter maßgeblich vom Weltmarkt geprägt sind und ein Marktmarktgefälle zuungunsten der Erzeugerinnen und Erzeuger besteht. Die geplanten Steuererhöhungen gehen damit weitgehend zu Lasten der Bäuerinnen und Bauern.
- Für Landmaschinen gibt es bisher kaum wirtschaftliche, alternative Antriebstechniken zum Dieselmotor. Auf eine Anhebung der Agrardieselsteuer kann derzeit also nicht durch Umstieg auf umweltfreundlichere Antriebe reagiert werden. Ein Anreiz für einen Umstieg auf solche Antriebe durch höhere Besteuerung ist erst gegeben, wenn die technische Entwicklung vorhanden ist und Mehrkosten mit Förderung ausgeglichen werden (siehe Bericht Zukunftskommission 2021).
- Mit dem Wegfall ist eine Wettbewerbsverzerrung gegenüber anderen EU-Mitgliedsstaaten verbunden, die niedrigere Mineralölsteuern für Agrardiesel haben.
- Die Einführung einer KfZ-Steuer für Schlepper und Anhänger von bis zu 1000€/Jahr und Schlepper würde kleinere und mittlere Höfe besonders stark treffen. Durch solche steigenden Fixkosten werden diese Betriebe zum Ausstieg aus der Landwirtschaft gedrängt.

Die Landwirtschaft steht vor großen Herausforderungen. Ein Vertrauensverlust in die Politik aufgrund unvermittelter Steuererhöhungen erschwert diese Transformationsprozesse erheblich.

Wir, die Unterzeichnenden, haben Verständnis für die Proteste der Landwirtinnen und Landwirte, die gerade in Niedersachsen in den letzten Tagen der Hochwasserereignisse wieder einmal den Hilfskräften mit ihren Maschinen tatkräftig zur Seite gestanden haben.

Wir distanzieren uns aber ebenso eindeutig von nicht angemessenen Verhaltensweisen und Symbolen (Proteste vor Privathäusern, Zurschaustellung von Galgen, Verbrennen von Stroh puppen etc.) und anti-demokratischen Äußerungen und warnen vor einer Vereinnahmung der landwirtschaftlichen Proteste durch radikale Gruppierungen und vor deren Aufrufen zur Gewalt.

Wir appellieren an die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen also eindringlich, die Kritik an den Sparplänen, die auch Bundesagrarminister Cem Özdemir zum Ausdruck gebracht hat, ernst zu nehmen, und diese finanziellen Einbußen zu Lasten der Landwirtschaft zu stoppen.

Hannover, 4. Januar 2024

Ministerpräsident Stephan Weil

Agrarministerin Miriam Staudte

Landvolk-Präsident Dr. Holger Hennies

AbL e.V. (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft), Landesvorsitzender Ottmar Ilchmann

Land schafft Verbindung Niedersachsen-Bremen, Vorsitzender Dirk Koslowski

BDM (Bund deutscher Milchviehhalter), Landesvorsitzender Peter Habbena

LÖN e.V. (Landesvereinigung Ökologischer Landbau Niedersachsen), Geschäftsführerin Dr. Yuki Henselek